

**STATISTISCHES BUNDESAMT**

**BERICHT**

über die

**40. Tagung des Statistischen Beirats**

**22. Juni 1993 Wiesbaden**

Statistisches Bundesamt

Bericht  
über die 40. Tagung des Statistischen Beirats  
am 22. Juni 1993

Vorsitz

Merk                                      Statistisches Bundesamt                                      Wiesbaden

Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Rosen  
Frau Mank                                      Bundesministerium des Innern                                      Bonn

Möller                                      Bundesministerium für Wirt-  
schaft                                      Bonn

Dr. Hesse                                      Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten                                      Bonn

Breier                                      Bundesministerium für Arbeit  
und Sozialordnung                                      Bonn

Schacher                                      Bundesministerium für Frauen  
und Jugend                                      Bonn

Anders                                      Bundesministerium der  
Verteidigung                                      Bonn

Dr. Furmaniak                                      Bundesministerium für Gesundheit                                      Bonn

Mertens                                      Bundesministerium für Verkehr                                      Bonn

Dr. Streuff                                      Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit                                      Bonn

233

Goebbels	Bundesministerium für Post und Telekommunikation	Bonn
Dr. Eisel	Bundesministerium für Raum- ordnung, Bauwesen und Städtebau	Bonn
Frau Dr. Rost	Bundesministerium für Forschung und Technologie	Bonn
Dr. Freund	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft	Bonn
Dr. Hanau	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/M.
Raum	Bundesbeauftragter für den Datenschutz	Bonn
Neureiter	Deutschen Bundesbahn	Frankfurt/M.

Vertreter der Statistischen Ämter der Länder

Dr. Stadler	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Giehl	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	München
Prof. Appel	Statistisches Landesamt Berlin	Berlin
Steenken	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg	Potsdam
Hannemann	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Dr. Hruschka	Statistisches Landesamt Hamburg	Hamburg
Hohmann	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Pawlitzki	Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin

Dr. Koop	Niedersächsisches Landesamt für Statistik	Hannover
Benker	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Weis	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Mailänder	Statistisches Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Dr. Fischer	Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	Kamenz
Scherschinski	Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt	Halle/Saale
Dr. Kirschner	Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Scheuerer	Thüringer Landesamt für Statistik	Erfurt

Vertreter der Verbände und Organisationen

Trutzel	Deutscher Städtetag	Köln
Dr. Brühl	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Lambertz	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Dr. Vogt	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Dr. Reckel	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.	Bonn

235

Frau Rave	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.	Bonn
Herkner	Arbeitsgemeinschaft Energie und Wasser e.V.	Bonn
Freiherr von Weitershausen	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Eckelmann-Wulf	Bundeschwerindustrie- verwaltung des DGB	Düsseldorf
Dr. Pascher	Deutscher Bauernverband e.V.	Bonn
Prof. Dr. Stäglin	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin

Ständige Gastmitglieder

Prof. Dr. Frohn	Deutsche Statistische Gesellschaft	Bielefeld
Klebsch	Gesamtverband der Wohnungs- wirtschaft	Köln
Scholz	Bundesverband der Freien Berufe	Bonn
Dr. Tegelbekkers	Geschäftsstelle des Wissen- schaftsrates	Köln
Dr. Utzig	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Wergles	Ständige Konferenz der Haupt- geschäftsführer der Verbände des Verkehrs	Köln

Teilnehmer von Landesministerien

Dr. Berg	Ministerium des Innern Brandenburg	Potsdam
----------	---------------------------------------	---------

Frau Dr. Müller            Hessische Staatskanzlei            Wiesbaden

Frau Ackermann            Wirtschaftsministerium            Magdeburg  
Sachsen-Anhalt

Weitere Teilnehmer vom Statistischen Bundesamt

Dr. Bürgin, Würzberger, Kopsch, Dr. Kühn, Dr. Nowak, Buchwald,  
Dr. Hoffmann, Frau Jäger, Angermann, Euler, Strohm, Spies,  
Dr. Gnos

## Inhalt

1. Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Bundesstatistik
2. Stand der Arbeiten in ausgewählten Statistikgebieten
  - 2.1 Intrahandelsstatistik
  - 2.2 Handels- und Gaststättenzählung 1993
  - 2.3 Gebäude- und wohnungsstatistische Erhebungen
  - 2.4 Handwerksstatistiken
  - 2.5 Umweltstatistiken
  - 2.6 Bevölkerungs- und erwerbsstatistische Erhebungen
  - 2.7 Aufbau einer Dienstleistungsstatistik
3. Stand der Durchführung der Bundesstatistik in den neuen Ländern
4. Neuere Entwicklungen in Europa
  - 4.1 EG-Rechtsakt über das Gemeinschaftliche Statistische System
  - 4.2 Ausgewählte Statistikbereiche
5. Überprüfung der Gremien des Statistischen Beirats im Hinblick auf Arbeitsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Entwicklungsfähigkeit

### Bericht

Herr Merk eröffnet die 40. Tagung des Statistischen Beirats und begrüßt die Teilnehmer zu seiner ersten Beiratstagung sehr herzlich. Er betont die hervorgehobene Stellung des Statistischen Beirats und betrachtet diese Sitzung von ihrer Bedeutung her als einen der Höhepunkte seiner einjährigen Amtszeit. Insbesondere im Hinblick auf das diesjährige Schwerpunktthema "Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Bundesstatistik" bittet Herr Merk die Beiratsmitglieder um ihren Rat und ihre Unterstützung.

Zunächst gedenkt der Statistische Beirat des am 30. April 1993 verstorbenen Ministerialrats Bernhard Pohl. Herr Pohl war Leiter des Referats "Statistik" im Bundesministerium des Innern. Er war dem Statistischen Beirat als ständiger Vertreter des Beiratsmitglieds des Bundesministeriums des Innern eng verbunden. Seine reichen Fachkenntnisse und Erfahrungen, die er über viele Jahre hinweg in die Arbeit des Statistischen Beirats einbrachte, machten ihn zu einem allseits sehr geschätzten Partner.

Anschließend berichtet Herr Merk über die personellen Veränderungen im Statistischen Beirat. Herr Ministerialdirigent Dr. Busse wird anstelle von Herrn Ministerialrat Dr. Lehngut künftig das Bundeskanzleramt im Statistischen Beirat vertreten; ständiger Vertreter ist Herr Regierungsdirektor Hammerl. Nachfolger von Herrn Ministerialdirigent Dr. Groß, Bundesministerium des Innern, ist Herr Ministerialdirigent Rosen. Herr Ministerialdirigent Dr. Lohmann, dem die Leitung der Abteilung "Allgemeine Angelegenheiten der Agrarpolitik" im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übertragen wurde, ist aus dem Statistischen Beirat ausgeschieden; sein Nachfolger ist Herr Ministerialrat Dr. Schopen. Herr Ministerialrat Dr. Dr. Juschka, Vertreter des Bundesministeriums der Verteidigung, ist mit Ablauf des 31. Mai 1992 in den Ruhestand versetzt worden. Als sein Nachfolger wurde Herr Ministerialrat Pecks und als dessen ständiger Vertreter Herr Regierungsdirektor Anders benannt. Als Nachfolger von Regierungsdirektor Mohns, Bundesministerium für Frauen und Jugend, wurde Herr Regierungsdirektor Schacher und

als dessen Vertreter Herr Regierungsdirektor Dr. Reichel benannt. Herr Ministerialrat Mertens, Bundesministerium für Verkehr, löst Herrn Ministerialrat Schirmer ab. Anstelle von Herrn Ministerialrat Cupei wird künftig Herr Regierungsdirektor Dr. Streuff das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Statistischen Beirat vertreten. Frau Ministerialrätin Teichmann-Schulz, Bundesrechnungshof, löst Herrn Ministerialrat Dr. Jungherr ab.

Herr Dr. Leibing wurde im September 1992 als Nachfolger von Herrn Prof. Dr. Wingen zum Präsidenten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg ernannt. Herr Steppuhn, Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, ist Ende September 1992 in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger im Amt ist Herr Präsident Hohmann. Herr Dr. Kirschner hat als Nachfolger von Herrn Dr. Mohr im Oktober 1992 die Leitung des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein übernommen. Zum Präsidenten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen wurde im November 1992 Herr Dr. Fischer ernannt.

Als ständiges Gastmitglied nimmt erstmalig Herr Prof. Dr. Frohn, Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft, an einer Tagung des Statistischen Beirats teil.

## **1 Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Bundesstatistik**

Im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKP) sind für die Jahre 1994 bis 1996 jährliche Einsparungen von jeweils 50 Mill. DM bei den Aufwendungen für die Bundesstatistik vorgesehen. Herr Merk weist einleitend darauf hin, daß nach der offiziellen Verlautbarung im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung eine Verteilung von 35 Mill. DM/Bund und 15 Mill. DM/Länder vorgesehen war. Inzwischen sei das Verhältnis von dem Bundesfinanzminister und den Landesfinanzministern - der üblichen Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern bei den Bundesstatistiken entsprechend - umgekehrt worden. Im Laufe der Beratungen in den verschiedenen Gremien

habe sich gezeigt, daß eine jährliche Einsparung von 50 Mill. DM weder durch Streichung von Erhebungsmerkmalen oder durch Änderungen in der Periodizität laufender Statistiken noch durch die vom Bundesministerium des Innern angestrebte Quotenregelung (proportionale Einsparung bei allen Statistiken) zu erreichen sei, sondern nur durch Verzicht oder Verschiebung größerer Statistiken; die Entscheidung dafür könne aber nur auf politischer Ebene getroffen werden. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sehen ihre Aufgabe in der fachlichen Beratung und der Verdeutlichung, welche Auswirkungen Eingriffe in das interdependente System der amtlichen Statistik haben.

Über das auf der Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik (IMA-Statistik) am 1. Juni 1993 entwickelte Konzept, mit dem das geforderte Einsparvolumen zu erreichen wäre, hat das Statistische Bundesamt dem Statistischen Beirat in seiner Unterlage berichtet. Schwerpunkte dieses Konzepts sind die Verschiebung der Handwerkszählung, der Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Ländern sowie der Erhebungen nach der Novelle zum Umweltstatistikgesetz jeweils auf die Zeit nach 1996 und zusätzlich eine Reihe kleinerer Maßnahmen, wie die Verschiebung der Ergänzungserhebungen im Großhandel und Gastgewerbe auf das Erhebungsjahr 1996, die Verlängerung des Turnus der Verdiensterhebung im Handwerk von halbjährlich auf jährlich, der Verzicht auf Regionalangaben bei der Außenhandelsstatistik, die Einstellung der Arbeiten beim StBA an der Durchfuhrstatistik im Seeverkehr ab dem Erhebungsmonat 1/1993 sowie Verzicht auf Erfassung einiger Tatbestände im Rahmen der Hochschulstatistik. Zu diesem Konzept ist vom BMI bereits der Entwurf eines "Dritten Statistikbereinigungsgesetzes" vorgelegt worden. Ergänzend unterrichtet das Statistische Bundesamt über eine Alternativlösung des von der Konferenz der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eingesetzten Ausschusses "Programm der Bundesstatistik", mit der wichtige fachliche Anliegen und vor allem auch Anliegen der Länder berücksichtigt werden. Die wichtigsten Änderungen bei dieser Alternative gegenüber dem IMA-Konzept sind die Verschiebung der Handwerkszählung um nur ein Jahr auf 1995, kein Verzicht auf die

Regionalangaben beim Intrahandel, die Einführung der Gewerbeanzeigenstatistik als Bundesstatistik sowie die Aussetzung, Merkmalsreduzierung bzw. Periodizitätsverlängerung bei einigen kleineren Statistiken.

Das BMI hat die Alternative des Ausschusses "Programm der Bundesstatistik" inzwischen den IMA-Mitgliedern zur Stellungnahme zugeschickt. Herr Rosen berichtet über das geplante weitere Vorgehen. Bevor der Entwurf des Dritten Statistikbereinigungsgesetzes und weitere erforderliche Gesetzesänderungen ins Bundeskabinett eingebracht werden, wird sich eine Gesprächsrunde auf Staatssekretärsesebene noch einmal mit den Kürzungsvorschlägen befassen.

Frau Dr. Müller von der Hessischen Staatskanzlei weist darauf hin, daß aus der Sicht des Landes Hessen die ursprüngliche Aufteilung der Einsparungen 35 Mill. DM beim Bund und 15 Mill. DM bei den Ländern nicht mehr umkehrbar sei.

Der Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums bzw. des Ausschusses "Programm der Bundesstatistik", wonach die Handwerkszählung 1994 nur um ein Jahr auf 1995 verschoben werden sollte, wird von Herrn Dr. Vogt vom Zentralverband des Deutschen Handwerks unter Hinweis auf die Konsequenzen einer längeren Verschiebung insbesondere für die Handwerksberichterstattung voll unterstützt. Herr Möller vom BMWi informiert über verschiedene Kompensationsmöglichkeiten, wie vor allem die Aussetzung der Statistik der Kapitalgesellschaften. Des weiteren berichten Herr Dr. Eisel, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, und Herr Dr. Streuff, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, daß ihre Häuser der im Konzept des IMA vorgesehenen Verschiebung der Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Ländern auf 1998 bzw. der Erhebungen nach der Novelle zum Umweltstatistikgesetz auf die Zeit nach 1996 inzwischen widersprochen hätten. Herr Dr. Hesse vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Herr Mertens vom Bundesministerium für Verkehr melden Vorbehalte gegenüber den ihre Häuser betreffenden Teilen des modifizierten

Konzepts des Ausschusses "Programm der Bundesstatistik" an; in die Staatssekretärsrunde sollen alternative Vorschläge eingebracht werden.

Auf den Hinweis aus dem Kreise der Beiratsmitglieder zu versuchen, das geforderte Einsparvolumen durch Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in den Statistischen Ämtern zu erreichen, erklären die Leiter der Statistischen Ämter der Länder, daß sie schon seit Jahren Einsparungen hinnehmen müßten und diese bisher nur durch Rationalisierungsmaßnahmen auffangen konnten. Weitere Einsparungsmöglichkeiten sehen sie nur durch Reduzierung des Statistikprogramms in den Jahren 1994 bis 1996. Gleichzeitig betonen sie, daß für die Länder Regionalangaben beim Intrahandel unverzichtbar seien.

Nach eingehender Diskussion ist sich der Statistische Beirat einig, daß es nicht möglich ist, zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine abschließende Aussage zu den vorliegenden Kürzungsvorschlägen am statistischen Programm zu machen. Angesichts der Notwendigkeit, auch auf dem Gebiet der Bundesstatistik Einsparungen zu erbringen, weist er jedoch darauf hin, daß die Funktionsfähigkeit der Statistik, d.h. das in sich geschlossene System der informationellen Infrastruktur nicht zerbrochen werden darf. Insbesondere gelte es zu vermeiden, daß z.B. die Konjunkturbeobachtung und Wirtschaftsforschung irreparablen Schaden nehmen oder daß an anderer Stelle Kosten ausgelöst würden, die das jetzige Einsparvolumen bei weitem überschreiten. Entscheidend sei es, Zukunftsinvestitionen insbesondere im Hinblick auf die dringliche Integration der neuen Länder und den Aufbau des Binnenmarktes nicht zu verhindern. Er hält es für unabdingbar, daß die in den derzeitigen Einsparvorschlägen genannten Erhebungen auf jeden Fall durchgeführt werden und damit nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben werden dürfen. Als Beispiel nennt er die Handwerkszählung, die als Auswahlgrundlage für die Handwerksberichterstattung quasi investiven Charakter hat; der Beirat empfiehlt, von einer Verschiebung um mehr als ein Jahr abzusehen. Ähnliches gelte für die Gewerbeanzeigenstatistik, die nicht nur zur Pflege der Berichtskreise der

243

wichtigsten Wirtschaftsstatistiken benötigt wird, sondern auch zum Aufbau eines umfassenden Unternehmensregisters, das durch eine EG-Ministerratsverordnung voraussichtlich noch in diesem Jahr beschlossen wird.<sup>1</sup>

## 2 Stand der Arbeiten in ausgewählten Statistikgebieten

Dem Statistischen Beirat liegen Berichte vor über den Stand der Arbeiten in den Bereichen Intrahandelsstatistik, Handels- und Gaststättenzählung 1993, Gebäude- und wohnungsstatistische Erhebungen (Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993, Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Bundesländern 1995), Handwerksstatistik, Umweltstatistiken (Neufassung des Umweltstatistikgesetzes, Umweltökonomische Gesamtrechnung), Bevölkerungs- und erwerbsstatistische Erhebungen sowie Dienstleistungsstatistik.

Der Statistische Beirat nimmt die Berichte des Statistischen Bundesamtes über den Stand der Arbeiten in den genannten Bereichen zur Kenntnis; die wichtigsten Fragen wurden bereits im Rahmen der Diskussion über die Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Bundesstatistik mitbehandelt.

## 3 Stand der Durchführung der Bundesstatistik in den neuen Ländern

Abgesehen von einigen Terminverzögerungen und noch erforderlichen Abstrichen an der Qualität der Ergebnisse gehört die Durchführung der Bundesstatistiken inzwischen auch in den neuen Bundesländern weitgehend zum normalen Alltagsgeschäft. Das Statistische Bundesamt hat den Statistischen Beirat in einer Unterlage über die aktuelle Situation und noch bestehende Probleme in den folgenden Statistikbereichen informiert:

---

<sup>1</sup> Die Stellungnahme des Statistischen Beirats ist als Pressemitteilung herausgegeben worden (Anlage 1)

- Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen
- Produzierendes Gewerbe, Umwelt
- Handel und Verkehr
- Preise und Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Unternehmensbilanzen
- Finanzen und Steuern, Bildungs- und Gesundheitswesen
- Landwirtschaft
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Der Statistische Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis. Ergänzend zur Unterlage informiert Mecklenburg-Vorpommern über einen Antrag an Eurostat auf einen Zuschuß zur Durchführung einer einmaligen Erhebung der Kleinbetriebe in den neuen Ländern im Rahmen der Beherbergungsstatistik. In der Diskussion erkundigt sich Herr Dr. Lambertz vom Deutschen Industrie- und Handelstag, wann die Ergebnisse der Erhebung für Kleinbetriebe für die im Monatsbericht für Betriebe nicht erfaßten Industriebetriebe veröffentlicht werden, die erst einen genauen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern ermöglichen. Die neuen Länder gehen davon aus, daß die Ergebnisse - trotz gewisser methodischer Probleme - im August vorliegen werden. Thüringen berichtet über bestehende Schwierigkeiten hinsichtlich der Auskunftsbereitschaft der Unternehmen bei der Handels- und Gaststättenzählung und bittet die anwesenden Vertreter der Verbände, verstärkt auf die Notwendigkeit der Auskunftserteilung hinzuweisen; diese sagen ihre Unterstützung zu. Ferner bittet Thüringen das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung um Unterstützung bei der Bereitstellung von Daten durch die Bundesanstalt für Arbeit für die Beschäftigtenstatistik der Statistischen Ämter. Baden-Württemberg unterrichtet über versuchsweise Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder für Arbeitsmarktregionen und Kreise; die Qualität der Daten reiche derzeit jedoch nicht für eine Veröffentlichung aus. Abschließend spricht der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes dem Statistischen Bundesamt seine Anerkennung und seinen Dank aus für die Herausgabe der Sonderausgaben der Monatszeitschrift "Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen

Ländern und Berlin-Ost", die mit ausführlichen Kommentaren über die Lage in den neuen Ländern informieren; sie seien für die Arbeiten der Gewerkschaften eine wertvolle Hilfe.

#### 4 Neuere Entwicklungen in Europa

##### 4.1 EG-Rechtsakt über das Gemeinschaftliche Statistische System (GSS)

In der dem Statistischen Beirat vorliegenden Unterlage wurde vom Statistischen Bundesamt über die seit der letzten Beiratstagung erfolgten Arbeiten an einem europäischen Statistikgesetz berichtet. Über Teile des Verordnungsentwurfs, der in sieben Kapiteln die Zusammensetzung und die Ziele des GSS, seine Grundsätze, das Statistische Programm und seine Durchführung, die Zusammenarbeit im GSS und die Entscheidungsverfahren, die Verbreitung der Daten sowie die Geheimhaltung regelt, besteht bereits weitgehendes Einvernehmen zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission. Die in einigen wesentlichen Bereichen noch bestehenden Meinungsunterschiede konnten auch auf der Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm am 24. und 25. Mai 1993 nicht ausgeräumt werden. Das Statistische Bundesamt informiert über ein Schreiben an Eurostat, in dem zum Verordnungsentwurf, der dem Rat im 2. Halbjahr 1993 vorgelegt werden soll, von deutscher Seite vor allem die folgenden Änderungen gefordert wurden:

- aus den Regelungen zum mehrjährigen statistischen Programm der Gemeinschaft muß klar hervorgehen, daß es sich stets nur um eine unverbindliche Rahmenplanung handelt;
- die Mitwirkungsrechte des Ausschusses für das Statistische Programm sowohl bei der Aufstellung von Jahresarbeitsprogrammen als auch bei der Vorbereitung von Beschlüssen bzw. Rechtsakten über Einzelmaßnahmen müssen im Vergleich zum bisherigen Entwurfstext ausgeweitet werden;

- eine Verpflichtung der Kommission ist aufzunehmen, die Mindestinformation über vorgesehene Einzelmaßnahmen zu erweitern, wie z.B. alle Einzelmaßnahmen ausführlich zu begründen, Angaben über die Kosten der Maßnahme und die Belastung der Auskunftspflichtigen zu liefern usw.;
- im Kapitel über die Verbreitung der Gemeinschaftsstatistik ist ein Zugangsrecht aller statistischen Ämter der Gemeinschaft zu allen nicht geheimhaltungspflichtigen Daten aus Gemeinschaftsstatistiken vorgesehen. Aus deutscher Sicht sollte die Verbreitung solcher Daten von der Zustimmung durch den jeweiligen Datenproduzenten abhängig gemacht werden;
- auf dem Gebiet der statistischen Geheimhaltung werden insgesamt strengere Maßstäbe gefordert. Hierbei soll vor allem die Verordnung des Rates (Nr. 1588/90) vom 11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an Eurostat weiterhin bestehen bleiben. Der Zugang zu Verwaltungsdaten und ihre Verwendung soll durch zu schaffendes nationales Recht bestimmt werden;
- darüber hinaus wird von deutscher Seite vorgeschlagen, einen weiteren Artikel in die Verordnung aufzunehmen, der die Verteilung der Kosten für die Gemeinschaftsstatistik auf die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten regelt, und es wird gefordert, in die Verordnung einen Passus aufzunehmen, mit dem die Kommission den Auftrag erhält, die Aufgabenverteilung innerhalb der Kommission auf dem Gebiet der Statistik und den Status Eurostats durch eine Kommissionsentscheidung zu regeln.

In der Diskussion unterstreicht der Statistische Beirat die von deutscher Seite geäußerten Vorbehalte zum Entwurf einer Verordnung über das GSS, insbesondere zu den vorgesehenen Regelungen zur statistischen Geheimhaltung, zur Verbreitung statistischer Daten und zum Fehlen einer Regelung der Kostenfrage.

#### 4.2 Ausgewählte Statistikbereiche

Das Statistische Bundesamt hat den Statistischen Beirat in seiner Unterlage auch über den Stand der Arbeiten in ausgewählten Bereichen der Gemeinschaftsstatistik unterrichtet, und zwar im einzelnen über

- die Umsetzung des SNA in den Mitgliedstaaten der EG,
- die Erfordernisse bei der Umsetzung der neuen Wirtschaftszweig- und Güterklassifikation,
- die Unternehmensregisterverordnung der EG,
- die Strukturerhebungen bei Unternehmen,
- die EG-Verordnung über die Durchführung von Gemeinschaftserhebungen im Handelssektor,
- den Entwurf einer Ratsentscheidung zur Konsolidierung der Verkehrsstatistik,
- den Vorentwurf für eine Richtlinie zur Tourismusstatistik,
- den Stand des Verordnungsentwurfs für Konjunkturindikatoren,
- die Harmonisierung der europäischen Verbraucherpreisstatistik und
- die Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas.

Ergänzend informiert das Bundesamt über aktuelle Entwicklungen zur Registerverordnung und zu den Strukturerhebungen. Auf der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am 14. Juni 1993 ist die Unternehmensregisterverordnung der EG gegen die Stimme Deutschlands angenommen worden, so daß der endgültigen Annahme im Ministerrat nichts mehr im Wege stehen dürfte. Als problematisch wird von deutscher Seite nach wie vor angesehen der Umfang der in das Register einzubeziehenden Merkmale, die fehlenden Abschneidegrenzen in bezug auf die Unternehmensgröße und die Formulierung des Artikels, der sich mit dem Zugang der statistischen Ämter zu administrativen Registern befaßt.

Des weiteren unterrichtet das Statistische Bundesamt über einen neuen Verordnungsentwurf im Bereich der Strukturerhebungen bei Unternehmen. Es handelt sich hierbei wiederum um einen horizontalen; d.h. bereichsübergreifenden Ansatz, der jedoch um bereichsspezifische Teile ergänzt wird. Er wird aus der Sicht der

Bundesstatistik begrüßt, weil hierdurch eine Basis für eine harmonisierte und bereichsübergreifend vergleichbare Wirtschaftsstatistik geschaffen wird. Dieser Entwurf stellt eine deutliche Verbesserung gegenüber den zuvor diskutierten Ansätzen Eurostats dar, zumal er insbesondere in den Anhängen klare Vorgaben für Art und Ausmaß der vorgesehenen Erhebungen (zunächst für ausgewählte Wirtschaftsbereiche, u.a. das Produzierende Gewerbe und den Handel), vorsieht. Damit wird den Forderungen nach Normenklarheit und Kalkulierbarkeit besser Rechnung getragen als bei dem vorangegangenen Richtlinienentwurf. Verbesserungsbedürftig sind noch die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten bei der praktischen Umsetzung eines solchen Verordnungsentwurfs. Darüber hinaus ist der Merkmalskatalog - insbesondere für die bereichsspezifischen Teile - immer noch zu umfangreich und geht weit über den nationalen Bedarf hinaus.

Der Statistische Beirat nimmt den Bericht des Statistischen Bundesamtes über den Stand der Arbeiten in ausgewählten Bereichen der Gemeinschaftsstatistik sowie die ergänzenden Informationen über aktuelle Entwicklungen zur Registerverordnung und zu den Strukturserhebungen zur Kenntnis.

#### **5 Überprüfung der Gremien des Statistischen Beirats im Hinblick auf Arbeitsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Entwicklungsfähigkeit**

Die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben sich seit der letzten Beiratstagung eingehend mit der Überprüfung der Gremien des Statistischen Beirats im Hinblick auf Arbeitsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Entwicklungsfähigkeit befaßt.

Als Ergebnis dieser Überprüfung sind dem Statistischen Beirat in einer Unterlage folgende Maßnahmen mit der Bitte um Zustimmung vorgeschlagen worden:

1. Umbenennung des Fachausschusses "Systematiken" in "Klassifikationen"
2. Auflösung des Fachausschusses "Handels- und Verkehrsstatistik" und seiner 8 Facharbeitskreise; dafür Einrichtung der drei Fachausschüsse "Handelsstatistik", "Verkehrsstatistik" und "Tourismusstatistik"; ferner soll der beim BMWi bestehende Arbeitskreis "Tourismusstatistik" in den entsprechenden Fachausschuß integriert werden.
3. Umbenennung des Fachausschusses "Preis- und Lohnstatistik" in "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte"
4. Auflösung des Fachausschusses "Kostenstruktur- und Bilanzstatistik"
5. Umwandlung des Arbeitskreises "Dienstleistungsstatistik" in einen Fachausschuß
6. Umwandlung des Facharbeitskreises "Jugendhilfestatistik" in einen Fachausschuß und Auflösung des Facharbeitskreises "Sozialhilfestatistik".

Der Statistische Beirat stimmt den vorstehenden Maßnahmen zu; eine aktualisierte Übersicht über die Beiratsgremien ist als Anlage 2 beigefügt.

Mit dem Dank an die Beiratsmitglieder und Gäste für ihre Teilnahme und die rege Beteiligung an der Diskussion schließt Herr Merk die 40. Tagung des Statistischen Beirats.

Berichterstatlerin

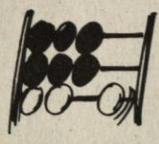
*Theile*

Theile

Vorsitzender

*Merk*

Merk



# Statistisches Bundesamt



## Mitteilung für die Presse

226/93

Wiesbaden, 23. Juni 1993

### Statistischer Beirat in Sorge um die Statistik -----

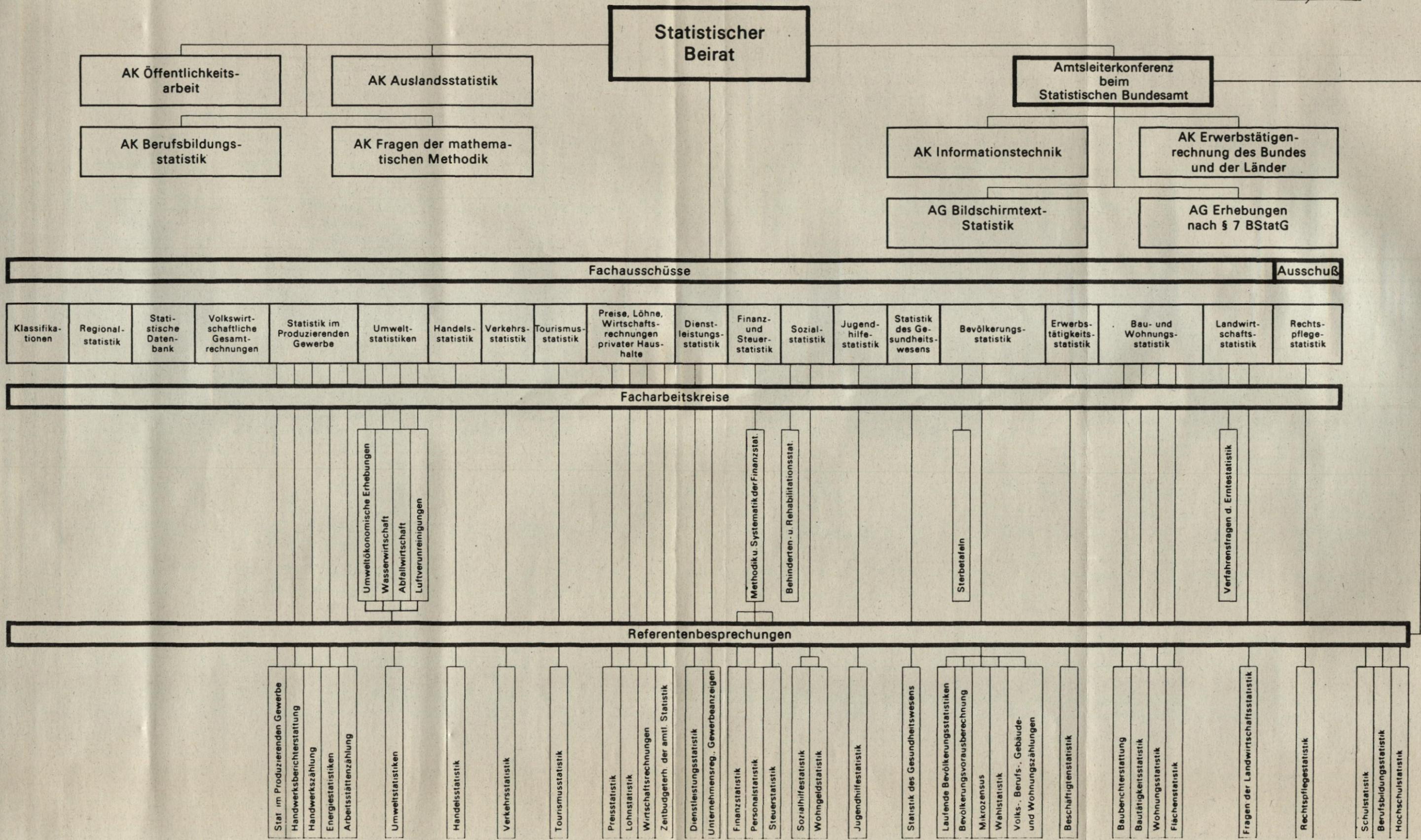
Auf seiner 40. Jahrestagung befaßte sich der Statistische Beirat eingehend mit den Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Bundesstatistik und gab dabei die folgende Erklärung ab:

1. Der Statistische Beirat weist angesichts der Notwendigkeit, auch auf dem Gebiet der Bundesstatistik Einsparungen zu erbringen, darauf hin, daß die Funktionsfähigkeit der Statistik, d.h. das in sich geschlossene System der informationellen Infrastruktur nicht zerbrochen werden darf. Insbesondere gilt es zu vermeiden, daß z.B. die Konjunkturbeobachtung und Wirtschaftsforschung irreparablen Schaden nehmen oder daß an anderer Stelle Kosten ausgelöst werden, die das jetzige Einsparvolumen bei weitem überschreiten. Entscheidend ist es, Zukunftsinvestitionen insbesondere im Hinblick auf die dringliche Integration der neuen Länder und den Aufbau des Binnenmarktes nicht zu verhindern.
2. Der Statistische Beirat hält es für unabdingbar, daß die in den derzeitigen Einsparvorschlägen genannten Erhebungen auf jeden Fall alsbald durchgeführt werden und damit nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben werden dürfen. Als Beispiel sei die Handwerkszählung, die als Auswahlgrundlage für die Handwerksberichterstattung quasi investiven Charakter hat, genannt, bei der der Beirat empfiehlt, von einer Verschiebung um mehr als ein Jahr abzusehen. Ähnliches gilt für die Gewerbeanzeigenstatistik, die nicht nur zur Pflege der Berichtskreise der wichtigsten Wirtschaftsstatistiken benötigt wird, sondern auch zum Aufbau der gerade vom Ministerrat der EG beschlossenen umfassenden Unternehmensregister.

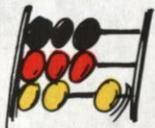
Bei Rückfragen bitte Telefon: (0611) 75-2773.

# Die Gremien des Statistischen Beirats

*Seite 2*



AK = Arbeitskreis · AG = Arbeitsgruppe



226/93

Wiesbaden, 23. Juni 1993

Statistischer Beirat in Sorge um die Statistik  
-----

Auf seiner 40. Jahrestagung befaßte sich der Statistische Beirat eingehend mit den Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Bundesstatistik und gab dabei die folgende Erklärung ab:

1. Der Statistische Beirat weist angesichts der Notwendigkeit, auch auf dem Gebiet der Bundesstatistik Einsparungen zu erbringen, darauf hin, daß die Funktionsfähigkeit der Statistik, d.h. das in sich geschlossene System der informationellen Infrastruktur nicht zerbrochen werden darf. Insbesondere gilt es zu vermeiden, daß z.B. die Konjunkturbeobachtung und Wirtschaftsforschung irreparablen Schaden nehmen oder daß an anderer Stelle Kosten ausgelöst werden, die das jetzige Einsparvolumen bei weitem überschreiten. Entscheidend ist es, Zukunftsinvestitionen insbesondere im Hinblick auf die dringliche Integration der neuen Länder und den Aufbau des Binnenmarktes nicht zu verhindern.
2. Der Statistische Beirat hält es für unabdingbar, daß die in den derzeitigen Einsparvorschlägen genannten Erhebungen auf jeden Fall alsbald durchgeführt werden und damit nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben werden dürfen. Als Beispiel sei die Handwerkszählung, die als Auswahlgrundlage für die Handwerksberichterstattung quasi investiven Charakter hat, genannt, bei der der Beirat empfiehlt, von einer Verschiebung um mehr als ein Jahr abzusehen. Ähnliches gilt für die Gewerbeanzeigenstatistik, die nicht nur zur Pflege der Berichtskreise der wichtigsten Wirtschaftsstatistiken benötigt wird, sondern auch zum Aufbau der gerade vom Ministerrat der EG beschlossenen umfassenden Unternehmensregister.

Bei Rückfragen bitte Telefon: (0611) 75-2773.



Der Präsident

Statistisches Bundesamt · Postfach 55 28 · 6200 Wiesbaden 1

6200 WIESBADEN, 24.09.1993

Gustav-Stresemann-Ring 11

Telefon (06 11) 75 (1) 2770

Telefax (06 11) 72 40 00

Mitglieder und Gäste des  
Statistischen Beirats

Betr.: Bericht über die 40. Tagung des Statistischen Beirats am 22. Juni 1993

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesministerium des Innern hat gebeten, in dem Bericht über die o. a. Beiratstagung die Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 1 "Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Bundesstatistik" in zwei Punkten zu ergänzen. Ich bitte deshalb, in dem Ihnen vorliegenden Bericht

- auf Seite 3, Abs. 2, nach Satz 3 "Zu diesem Konzept ist vom BMI bereits der Entwurf eines Dritten Statistikbereinigungsgesetzes vorgelegt worden." folgende Einfügung vorzunehmen:

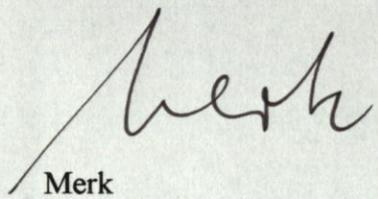
*Herr Rosen erläutert hierzu noch einmal ausführlich die Überlegungen und Ansätze zur Umsetzung der Vorgaben des FKP und das schwierige Verfahren bis zur Erstellung des IMA-Konzepts. Von Anfang an sei versucht worden, die Belange der Länder zu berücksichtigen, die bereits Anfang Mai zu einer Besprechung eingeladen worden waren. Ausgangspunkt der Überlegungen sei auch gewesen, alle Ressorts, in deren Zuständigkeitsbereich Erhebungen durchgeführt werden, in das Sparkonzept einzubeziehen, was sich jedoch im Verlauf der Beratungen als nicht durchführbar erwiesen habe.*

- auf Seite 4 den Absatz 3 "Frau Dr. Müller ... nicht mehr umkehrbar sei." um folgenden Satz zu ergänzen:

*Das BMI erwidert hierauf, daß diese das Kostenverhältnis Bund/Länder nicht berücksichtigende Aufteilung in den nachfolgenden Verhandlungen der Finanzminister des Bundes und*

*der Länder korrigiert und umgekehrt worden sei; das ergebe sich eindeutig aus der Unterrichtung des Bundesrates durch den BMF vom 2.4.1993 zu der Drucksache 121/93, Anlage 2, S. 167, in der die Ausgabenkürzungen im Rahmen des FKP gemäß dem Ergebnis der Finanzministerbesprechungen am 24. und 30.3.1993 dargestellt werden.*

Mit freundlichen Grüßen



Merk



GOHRSMÜHLE

#### 40. Tagung des Statistischen Beirats

Schwerpunktthema der 40. Tagung des Statistischen Beirats am 22. Juni 1993 waren die Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Bundesstatistik, das für die Jahre 1994 bis 1996 jährliche Einsparungen von jeweils 50 Mill. DM bei den Aufwendungen für die Bundesstatistik vorsieht. Der Statistische Beirat informierte sich über die vom Interministeriellen Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik (IMA) vorgeschlagenen Kürzungen am statistischen Programm. Schwerpunkte des Konzepts sind die Verschiebung der Handwerkszählung, der Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Ländern sowie der Erhebungen nach der Novelle zum Umweltstatistikgesetz jeweils auf die Zeit nach 1996. Das Statistische Bundesamt unterrichtete den Statistischen Beirat ferner über eine vom Ausschuß "Programm der Bundesstatistik" entwickelte Alternativlösung, mit der wichtige fachliche Anliegen und vor allem auch Anliegen der Länder berücksichtigt werden. Der Statistische Beirat wies eindringlich darauf hin, daß bei den Einsparüberlegungen unbedingt darauf zu achten sei, daß die Funktionsfähigkeit der Statistik, d.h. das in sich geschlossene System der informationellen Infrastruktur nicht zerbrochen werde. Insbesondere gelte es zu vermeiden, daß z.B. die Konjunkturbeobachtung und Wirtschaftsforschung irreparablen Schaden nehme oder daß an anderer Stelle Kosten ausgelöst werden, die das jetzige Einsparvolumen bei weitem überschreiten. Deshalb müßten die in den derzeitigen Vorschlägen genannten Erhebungen alsbald durchgeführt werden, wie z.B. die Handwerkszählung, die als Auswahlgrundlage für die Handwerksberichterstattung quasi investiven Charakter habe; der Beirat empfahl, von einer Verschiebung von mehr als einem Jahr abzusehen.

Des weiteren befaßte sich der Statistische Beirat mit einem Bericht über neuere Entwicklungen in Europa. Die von deutscher Seite noch bestehenden Vorbehalte zum Entwurf einer Verordnung über das Gemeinschaftliche Statistische System, insbesondere zu den vorgesehenen Regelungen zur statistischen Geheimhaltung, zur Verbreitung statistischer Daten und zum Fehlen einer Regelung der Kostenfrage, wurden von ihm geteilt.

Der Statistische Beirat informierte sich darüber hinaus über den Stand der Arbeiten an der Intrahandelsstatistik, der Handels- und

Gaststättenzählung 1993, den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993, den bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Erhebungen, der Dienstleistungsstatistik sowie über den Stand der Durchführung der Bundesstatistik in den neuen Ländern. Abschließend stimmte er den von den Leitern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Anpassung von Beiratsgremien im Hinblick auf neue Entwicklungen der Bundesstatistik zu.

# Kurznachrichten

## Konferenz Europäischer Statistiker



Mitte Juni 1993 fanden die 41. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) und die Sitzung der Leiter der Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) in Genf statt.

An der Konferenz nahmen Vertreter aus 37 Mitgliedstaaten teil. Als Beobachter waren Statistiker aus Japan, Neuseeland, Australien und Mexiko anwesend.

Durch den Beitritt neuer Länder zur ECE ist die internationale Zusammenarbeit in eine neue Phase getreten. Von den inzwischen 46 Mitgliedstaaten der ECE sind 25 als Übergangsländer auf dem Weg zu marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen anzusehen. Zu Beginn der Sitzung wiesen der Exekutivsekretär der ECE und der Vorsitzende der Plenarsitzung darauf hin, daß den daraus entstehenden Bedürfnissen der mittel- und osteuropäischen Länder nach Unterstützung bei der Anpassung ihrer Statistiksyste Rechnung getragen werden müsse.

In diesem Zusammenhang stand auch das zentrale Thema der Konferenz: die zukünftige Rolle der CES und ihre Prioritäten. Schwerpunkt der Arbeiten wird der Aufbau von Statistiken in den Übergangsländern sein, wobei hier besonders die Unterstützung der internationalen Organisationen und der westlichen Industrieländer notwendig sein wird. Der deutsche Amtsleiter unterbreitete den Vorschlag, zu diesem Zweck einen gemeinsamen Expertenpool der internationalen Organisationen und Mitgliedstaaten einzurichten. Diese Anregung fand großes Interesse und die Zustimmung zahlreicher Delegationen. Als weitere Schwerpunkte der statistischen Arbeiten innerhalb der ECE wurden festgelegt: Bevölkerungs- und Umweltstatistik und statistikpolitische Themen von fachübergreifender Bedeutung. Was die künftige Prioritätensetzung angeht, wurde übereinstimmend festgestellt, daß die bisher erreichten Koordinierungserfolge weiterverfolgt werden müssen und die internationalen Organisationen ihre Schwerpunkte nach ihren jeweiligen komparativen Vorteilen und im Rahmen ihres Gesamtauftrags in Abstimmung miteinander festlegen sollen.

Ein weiterer Punkt der umfangreichen Tagesordnung befaßte sich mit dem Vorschlag für eine neue Wirtschaftsklassifikation für die Vereinigten Staaten, die das bisher benutzte System der Standard Industrial Codes (SIC) ablösen und im Rahmen der nordamerikanischen Freihandelszone auch von Kanada und Mexiko übernommen werden soll.

Am Ende der Tagesordnung stand die Wahl der Büromitglieder für den Zeitraum 1993/94 und 1994/95. Der Vorsitzende des CES-Büros und gleichzeitige Sitzungsvorsitzende schied turnusmäßig aus. Als neuer Vorsitzender wurde der kanadische Amtsleiter gewählt.

Im Rahmen der CES fand am 18. Juni 1993 auch die OECD-Amtsleiterkonferenz statt. Die OECD stellte ausführlich die bisherigen Ergebnisse der Reorganisation ihres Statistikbereichs vor. In einem weiteren Beitrag wurden die von der OECD genutzte Informationstechnologie und das statistische Datenangebot dargestellt.

Der Leiter des Schweizer Statistischen Amtes und vormalige Vorsitzende des CES-Büros wurde zum Vorsitzenden der OECD-Amtsleiterkonferenz gewählt.

Die 42. Plenarsitzung der CES und die nächste OECD-Amtsleitersitzung werden 1994 auf Einladung der OECD an deren Sitz in Paris stattfinden.

## Aus dem Inland

### Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Bundesstatistik Schwerpunktthema des Statistischen Beirats



Im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKP) sind für die Jahre 1994 bis 1996 jährliche Einsparungen von jeweils 50 Mill. DM bei den Aufwendungen für die Bundesstatistik vorgesehen. Vom Interministeriellen Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik (IMA) wurde ein Konzept entwickelt, um das geforderte Einsparvolumen zu erreichen. Schwerpunkte des Konzepts sind die Verschiebung der Handwerkszählung, der Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Ländern sowie der Erhebungen nach der Novelle zum Umweltstatistikgesetz jeweils auf die Zeit nach 1996 und zusätzlich eine Reihe kleinerer Maßnahmen. Zu diesem Konzept wurde vom Bundesministerium des Innern bereits der Entwurf eines „Dritten Statistikbereinigungsgesetzes“ vorgelegt. In der Zwischenzeit haben das Bundesministerium für Wirtschaft, das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit den Verschiebungen der genannten Erhebungen widersprochen.

# Kurznachrichten

Der von der Konferenz der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eingesetzte Ausschuß „Programm der Bundesstatistik“, dem außer dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes die Leiter von acht Statistischen Landesämtern angehören, hat eine Alternativlösung ausgearbeitet, mit der wichtige fachliche Anliegen und vor allem auch Anliegen der Länder berücksichtigt werden.

Der Statistische Beirat als das vom Gesetzgeber zur Beratung der amtlichen Statistik in Grundsatzfragen eingesetzte Gremium, in dem alle wichtigen Nutzer, Auftraggeber und Produzenten der amtlichen Statistik vertreten sind, setzte sich auf seiner diesjährigen Tagung am 22. Juni 1993 intensiv mit den Einsparforderungen und mit den vorliegenden Lösungsalternativen auseinander. Angesichts der Notwendigkeit, auch auf dem Gebiet der Bundesstatistik Einsparungen zu erbringen, wies der Statistische Beirat darauf hin, daß die Funktionsfähigkeit der Statistik, das heißt das in sich geschlossene System der informationellen Infrastruktur, nicht zerbrochen werden darf. Insbesondere gelte es zu vermeiden, daß zum Beispiel die Konjunkturbeobachtung und Wirtschaftsforschung irreparablen Schaden nehmen oder daß an anderer Stelle Kosten ausgelöst würden, die das jetzige Einsparvolumen bei weitem überschreiten. Entscheidend sei es, Zukunftsinvestitionen insbesondere im Hinblick auf die dringliche Integration der neuen Länder und den Aufbau des Binnenmarktes nicht zu verhindern. Er hält es für unabdingbar, daß die in den derzeitigen Einsparvorschlägen genannten Erhebungen auf jeden Fall alsbald durchgeführt werden und damit nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben werden dürfen. Als Beispiel nannte er die Handwerkszählung, die als Auswahlgrundlage für die Handwerksberichterstattung quasi investiven Charakter hat; der Beirat empfahl, von einer Verschiebung um mehr als ein Jahr abzusehen. Ähnliches gelte für die Gewerbeanzeigenstatistik, die nicht nur zur Pflege der Berichtskreise der wichtigsten Wirtschaftsstatistiken benötigt wird, sondern auch zum Aufbau eines umfassenden Unternehmensregisters, das durch eine EG-Ministerratsverordnung voraussichtlich noch in diesem Jahr beschlossen wird.

Des weiteren befaßte sich der Statistische Beirat mit einem Bericht über neuere Entwicklungen in Europa seit seiner letzten Tagung im Mai 1992. Die von deutscher Seite noch bestehenden Vorbehalte gegenüber dem Entwurf einer Verordnung über das Gemeinschaftliche Statistische System, insbesondere zu den vorgesehenen Regelungen zur statistischen Geheimhaltung, zur Verbreitung statistischer Daten und den fehlenden Regelungen der Kostenfragen, werden vom Beirat geteilt.

## Kompakt

### Vierteljahreszeitschrift „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern“



Anfang August ist das erste Heft der neuen Vierteljahreszeitschrift „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern“ erschienen. Die neue Veröffentlichung ersetzt die seit 1991 als zeitlich befristete Monatspublikation unter gleichem Namen herausgegebene Reihe des Statistischen Bundesamtes. Ausführliche Ergebnisse über die neuen Länder und Berlin-Ost werden inzwischen in den einzelnen Fachserien laufend bereitgestellt. Wichtige monatliche Konjunkturindikatoren finden sich in der Reihe „Konjunktur aktuell“. Die Vierteljahreszeitschrift wird entsprechend den bislang bereits erschienenen vierteljährlichen Sonderausgaben zum Monatsheft mit ausführlichen Kommentaren zu unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und einem detaillierten fachübergreifenden Tabellenteil über die Lage in den neuen Ländern informieren. Der ausführliche Tabellenanhang mit einem Umfang von rund 150 Seiten gibt Auskunft über die Entwicklung in den neuen Ländern im Vergleich zum früheren Bundesgebiet. Neben den Ergebnissen der amtlichen Statistik wurden auch andere wichtige nichtamtliche Indikatoren, wie zum Beispiel Angaben über Investitionsförderungsmaßnahmen und Telefonanschlüsse, mit aufgenommen.

Schwerpunktthema des vorliegenden Heftes ist die wirtschaftliche Lage in den ländlichen Regionen der neuen Länder. In einer Ausarbeitung wurde der Umstrukturierungsprozeß des für die ländlichen Regionen besonders bedeutsamen Bereichs Landwirtschaft hinsichtlich Produktion, Beschäftigung und Bodenbesitzverhältnissen ausführlich dargestellt. Die Beschäftigtenzahl in diesem Wirtschaftszweig ging bis 1992 auf etwa ein Viertel des Standes vor der Vereinigung zurück. Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel sind seit 1990 deutlich stärker angestiegen als die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise.

Eine Untersuchung über die Lage im Beherbergungsgewerbe zeigt, daß die Bettenkapazität, bezogen auf die Einwohnerzahl in den neuen Ländern, im Jahr 1992 noch deutlich niedriger war als im früheren Bundesgebiet und daß die Auslastung der Kapazität ebenfalls vergleichsweise gering war. Dies gilt im besonderen Maße für die kleinen Gemeinden.